

vortrag
Schlepper werden
immer brutaler

technik
Gesichtserkennung
überführt Verbrecher

vkö
Top-Wissenschaftler
ist unser neuer Berater

01/22

krippo.at



**VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH**

**BRANDANSCHLAG:
VKÖ LOBT
1000 € PRÄMIE AUS**

GROSSSTADT-WÖLFE

DIE VERROHUNG DER GESELLSCHAFT

Ein Sturm zieht auf“ titelte die Zeitschrift der Deutschen Polizeigewerkschaft. Gemeint war natürlich nicht der Wetterbericht, sondern die besorgniserregende Entwicklung im Zusammenleben der Menschen. Tatsächlich werden wir zurzeit in Europa von gewalttätigen Demonstrationen heimgesucht. Politiker, ja sogar Ärzte und Pflegepersonal werden bedroht. Gewalttätige Angriffe gegen die Vertreter des Staates, vor allem der Polizei, sind angesagt.

Hassreden und Beleidigungen haben die Diskussion, den Wettstreit der Ideen und Meinungen, verdrängt. Der Schwellenwert, was geht und was man im normalen zwischenmenschlichen Verhalten nicht macht, hat sich deutlich gesenkt. Fakten werden nicht mehr anerkannt, fragwürdige Ideologien geben den Ton an. Die Entwicklung, die von der Corona-Pandemie gezündet wurde, hat sich wie ein Krebsgeschwür auf andere Bereiche ausgedehnt. Egal welche Meinung von jemandem vertreten wird, das Ergebnis ist häufig Hass und Gewalt.

Gewalttätige Demonstrationen werden als Gemeinschaftserlebnis empfunden. Selbst terroristische Aktionen sind schon angedacht worden. Auch wenn die Aufrufe zu Hass und Gewalt nur von einer kleinen Minderheit befeuert werden, sie haben Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung.

Es ist kein österreichisches Phänomen, was uns zurzeit widerfährt. Eine Minderheit nimmt die Mehrheit der Bevölkerung in Geiselhaft und glaubt, durch gewalttätige Aktionen die Welt verändern zu können. Die gleiche Fehleinschätzung, die ein paar tausend fehlgeleitete Menschen hatten, die dachten, mit dem Sturm auf das Kapitol in Washington die US-Demokratie stürzen zu können.

Mit polizeilichen Maßnahmen ist diese alarmierende Entwicklung nicht zu stoppen, aber die Polizei ist der Wellenbrecher vor Anarchie und Chaos. Die uniformierten Kollegen halten heute schon fast täglich ihren Kopf bei Demonstrationen hin. 85.000 Angriffe auf Polizeibeamte hat man 2020 in Deutschland registriert, bei uns waren es laut BMI 3.474 mit 2.000 verletzten Beamten. 2018 waren es noch 1.248. Allein bei den Demonstrationen waren im vergangenen Jahr 39 Verletzte zu beklagen. Auch wenn bei unserem großen Nachbarn die Szene um eine Spur gewalttätiger als bei uns ist, ein Grund zur Freude ist das nicht.

Die Kriminalpolizei, vor allem die Beamten der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst, versuchen, die Antreiber des Hasses auszuforschen und aus dem Verkehr zu ziehen. Eine Sisyphusarbeit, denn der Trend zu anarchischen, gewalttätigen Handlungen nimmt ständig zu.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist für uns alle teuer. Die Kosten für den Personenschutz steigen und steigen, im vergangenen Jahr leistete allein das EKO-Cobra 130.000 Bewachungsstunden – ein neuer Rekord. Früher wurden eigentlich nur Bundespräsident und Bundeskanzler (mitunter gegen deren Willen) bewacht. Heute umfasst der Personenschutz die gesamte Regierung, eigentlich müsste er auf Bürgermeister und Wissenschaftler ausgeweitet werden. Selbst Spitäler und deren Personal müssen bewacht werden. Von den Demo-Einsatzstunden gar nicht erst zu reden, die sich im Vorjahr alleine schon mit mehr als 18 Millionen Euro zu Buche geschlagen haben.

Richard Benda,
Past-Präsident



ausgabe
01/22

splitter

Nationale und internationale Meldungen 5

vortrag

Schlepper: Wegen ein paar hundert Euro riskieren sie alles 7
Brandanschlag auf Autos der Schlepper-Fahnder 9
VKÖ setzt € 1000,- Belohnung aus 9
Das BK wächst: Eigene Abteilung gegen Schlepper 11

technik

Gesichtserkennung:
Selbst Masken helfen Tätern nicht. 13

top thema

Das Revier der jungen Wölfe 19
„Problemkinder“:
Das BK arbeitet an Gegenstrategien 23
„Gib ihm Faust“ 25
Utopien des Gesetzgebers 29

vkö

VKÖ - International 31
Das Who's Who der VKÖ 33

intern

Wissenschaftler des Jahres 2021 berät VKÖ 35
kripo.at-Termine 37
Neue VKÖ-Broschüre 37
Aus dem Archiv 37
Mitgliedsbeitrag 37
60+1 Jahr(e) VKÖ-Mitglied 38
kripo.at-Rätsel 38

Cover: Christian Doneis/AdobeStock/JoeleeCreative



kinshasa.

„Bombé“, eine aus Ablagerungen in Autokatalysatoren und einem Medikamentencocktail produzierte neue Droge, sorgt im Kongo für Alarmstimmung. Das Zeug, das geraucht, aber auch geschnupft wird, sei zur Epidemie geworden, sagte ein Ermittler zum „Spiegel“. Kürzlich wurden mehrere Tunesier verhaftet, die die Katalysatoren eigentlich zum Recycling nach Deutschland exportieren hätten sollen, geht es doch um durchaus wertvolle Inhaltsstoffe wie Zinkoxid, Platin und Rhodium.



rom.

Innerhalb von 57 Tagen sind 1992 die Anti-Mafia-Richter Giovanni Falcone und Paolo Borsellino – samt acht sie eskortierenden Polizisten (und Falcones Ehefrau) – bei Bombenanschlägen ums Leben gekommen. Anlässlich des 30ten Jahrestages werden sie auf besondere Art geehrt: Die neue italienische Zwei-Euro-Münze zeigt das berühmte Foto von Tony Gentiles, das die befreundeten Richter zeigt.

wien.

Man kann durchaus von einem Knalleffekt sprechen: Gerhard Jarosch, 54, lange Jahre so etwas wie das Aushängschild der StA Wien, Präsident der internationalen Staatsanwältevereinigung und zuletzt bei Eurojust tätig, hat sozusagen die Seiten gewechselt. Er ist Partner der angeblich größten PR-Agentur Österreichs geworden, wo er „Ligation-PR“ betreiben, also der mutmaßlichen Vorverurteilung (prominenter) Mandanten entgegentreten soll.

Bild: Eurojust



new york.

Mit Keechant Sewell hat das legendäre NYPD erstmals eine (schwarze) Frau an der Spitze. Die 49-Jährige gilt als bewährte Verbrechensbekämpferin. Sie war Drogenfahnderin und in einer auf schwere Kriminalfälle spezialisierten Einheit sowie Verhandlungsführerin. Zuletzt war Sewell im Bezirk Nassau, östlich von NY, tätig und hat 23 Jahre Erfahrung. Eingesetzt wurde sie vom neuen Bürgermeister, Eric Adams, früher selbst Polizist.

bukarest.

Die Polizei in Rumänien kämpft gegen Windmühlen: Überbordende Kriminalität, wenig Personal, schlechte Bezahlung. Die Korruption reicht von der Straße bis in Regierungskreise, Gewerkschaften nicht ausgenommen. Aufgrund der Abhängigkeit von Parteien und Tatenlosigkeit der traditionellen Gewerkschaften, spalteten sich 2016 einige Funktionäre ab und gründeten eine eigene Gewerkschaft (Sindicatul Politistilor Europeni). Präsident wurde Cosmin Andreica, 34, der nun auf 10.000 Mitglieder verweisen kann. Der Zulauf vor allem junger Polizeibeamter ist enorm.





vortrag

Gerald Tatzgern referierte über sein Spezialthema: Menschenhandel und Schlepperei

Bild:VKÖ

SCHLEPPER:

WEGEN EIN PAAR HUNDERT EURO RISKIEREN SIE ALLES

Gerald Tatzgern, bester Kenner der Schlepper-Szene Europas und nun auch Chef der dieser Kriminalitätsform gewidmeten neuen BK-Abteilung, sprach bei einem VKÖ-Vortrag Klartext über jüngste Entwicklungen in seinem Spezialbereich, eben „Menschenhandel und Schlepperei“.

Johannes Wolf

Ein flüchtender Schlepper, der auf Soldaten des Bundesheeres schießt. Ein mit Migranten vollgestopfter Kleinlaster, der mit vollem Tempo auf am Grenzübergang postierte Polizisten zurast. In Begleitfahrzeugen von Schlepper-Lkws sitzen bewaffnete Kundschafter und „Aufpasser“. Was sich da in den vergangenen Monaten an der burgenländisch-ungarischen Grenze abgespielt hat, das sind keine Einzelfälle mehr. Und sie zeigen eines auf: Das florierende Geschäft mit illegal einreisenden Flüchtlingen wird immer brutaler. Auf den Verbleib der „Kundschaft“ wird keine Rücksicht mehr

genommen. Hauptsache, der Kunde hat zuvor ordentlich für seine Transportfahrt bezahlt.

Bei einer kleinen „Tour de Force“ gab Gerald Tatzgern – Chef der neuen, vorerst noch im Probetrieb befindlichen Abteilung 8 „Menschenhandel und Schlepperei“ im Bundeskriminalamt (*Zusatzbericht auf Seite 11*) – jüngst bei einem VKÖ-Vortrag Einblicke zum aktuellen Geschehen an den Grenzen Österreichs und seiner Nachbarländer. „Ich konfrontiere sie mit der Realität“, erklärte Tatzgern gleich einleitend. Mit welchen neuen, vor allem technischen

Methoden die heimischen Behörden im Kampf gegen das Schlepperunwesen vorgehen, war ebenso Thema wie ein Ausblick auf mögliche bevorstehende internationale Migrationsbewegungen. Dass letztlich die gesamte europäische Politik gefordert ist, in Sachen (illegaler) Migration endlich gemeinsam praktikable Lösungen für das Problem zu finden, darauf wies Tatzgern dazwischen wiederholt hin.

AUFGRIFFE STEIGEN WIEDER

Die Zahl an Aufgriffen illegal eingereister Menschen steigt seit dem Sommer des Vorjahres wieder deutlich an. Teils über 250 Aufgriffe täglich weist die Statistik etwa für den vergangenen Jänner aus. Fast alle der „irregulär“ nach Österreich Eingereisten – vielfach aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak stammend – stellen, so Tatzgern, auch hier einen Asylantrag. Was nicht heißt,

dass sie in weiterer Folge hier bleiben. Viele von ihnen würden bald „abtauchen“ und im Moment besonders gerne nach Frankreich weiterwandern. Was durch das in der „Praxis nicht funktionierende“ so genannte „Dublin-System“ (grundsätzlich sollte jener Staat, der als erster die Einreise in die EU zugelassen hat, das Asylverfahren durchführen, Anm.) natürlich begünstigt werde. Bei vielen der Aufgegriffenen handelt es sich um Menschen, die zuvor teils über Monate auf dem Westbalkan festgesteckt sind und angesichts der desaströsen Zustände für Geflüchtete in diesen Regionen alles daransetzen, um von dort weg zu kommen. „Der Balkanraum leert sich langsam“, so Tatzgern.

Weiterhin gebe es auch das Problem mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die plötzlich aus der Betreuung hierzulande verschwinden und sich etwa ebenfalls nach Frankreich durchschlagen. Sie haben dann Anspruch darauf, dass ihr Asylverfahren dort abgewickelt wird, samt der Möglichkeit, Familienangehörige ins Land nachzuholen.

GEWALTPOTENZIAL

„Das Geschäft der Schlepper geht immer stärker auf Kosten der Migranten“, hält Tatzgern fest. Gewalttätiges Vorgehen von Schleppern gegen Migranten stehe beinahe schon auf der Tagesordnung. So werden in bereits völlig überfüllte Fahrzeuge unter Androhung von Waffengewalt weitere Menschen hineingepfercht. Manche der auserkorenen Verstecke in Klein-Lastwagen, Transportern, Bussen oder in leeren Silowägen sind ohnehin lebensgefährlich. So wurden schon Flüchtlinge im leeren Tank eines Lkw entdeckt, der zuvor Ammoniak nach Griechenland transportiert hatte - Luft gab es nur durch einen kleinen Spalt einer geöffneten Klappe. Reisende unter Schüttgut zu verstecken, ist ebenfalls eine gefährliche Methode.

Auf die immer jünger werdenden Fahrer der Schlepper-Fahrzeuge wird offenbar von deren Chefs in den Schlepperorganisationen großer Druck ausgeübt. „Weil Anhaltungen schlecht für das Geschäft sind,

BRANDANSCHLAG AUF AUTOS DER SCHLEPPER-FAHNDER

Vorerst unbekannte Täter haben in der Nacht auf 31. Jänner sechs Wagen des Bundeskriminalamtes abgefackelt. Die Autos waren hintereinander im Polizei-Halteverbot in der Kleinen Stadtgutgasse abgestellt. Im dortigen Amtsgebäude ist das „Joint Operational Office“ (JOO) bzw. die (neue) „Abteilung 8 – Menschenhandel und Schlepperei“ des BK untergebracht. Unklar war zunächst, ob der Anschlag direkt den Schlepper-Fahndern gegolten hat oder gegen die Exekutive allgemein gerichtet war.



Bild: heute.at

Das Attentat hat jedenfalls einmal mehr deutlich gemacht, dass auf öffentlichem Grund unbewacht abgestellte Polizei-Autos einem großen Risiko ausgesetzt sind, kleinere Sachbeschädigungen sind keine Seltenheit. Aber auch Brandanschläge auf „Blaulichtfahrzeuge“ häufen sich in jüngster Zeit. Es gilt die Warnung, dass auch Privatautos, die etwa durch Aufkleber oder Wagenkarten identifizierbar sind, ein Ziel abgeben.

VKÖ-Präsident Dieter Csefan: „Man kann Polizeifahrzeuge zerstören, nicht aber das hohe Engagement der Kriminalpolizei. Uns ist es ein Anliegen, die Ermittlungsarbeit zu unterstützen. Deshalb setzt die VKÖ eine Belohnung von 1000 Euro für Hinweise aus, die zur Ausforschung der Täter führen“.

gibt es vermutlich die Anweisung, sich diesen möglichst zu entziehen“, erzählt Tatzgern. Das heißt, im Notfall braust man dann auf Polizisten zu, die zum Stopp winken. Solche Fälle hätten sich in letzter Zeit gehäuft, nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Ländern. Dass ein angehaltener und dann zu Fuß flüchtender Fahrer allerdings auf seine Verfolger schießt – wie jüngst an einem kleinen Grenzübergang im burgenländischen Bezirk Güssing geschehen –, davon „habe ich bisher aber noch nie gehört“

Bei solchen Szenen überrascht es nicht, dass Schlepper auch während der Fahrt nicht stehen bleiben, selbst wenn Hilferufe der Geschleppten wegen Sauerstoffmangels zu hören sind. Tatzgern: „Wegen ein paar hundert Euro Lohn riskieren sie alles.“ So wie jener Schlepper,

dessen Kleinlaster letzten Herbst im Burgenland von Assistenzsoldaten angehalten wurde: 29 Menschen befanden sich im Laderaum, zwei von ihnen waren bereits tot. Der Fahrer konnte zunächst flüchten, wurde jedoch schließlich ausgeforscht und gefasst. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte der verdächtige, aus Lettland stammende junge Mann bei der Fahrt genau gewusst, dass es den dicht zusammengedrängten Menschen „da hinten sehr schlecht geht.“ Trotzdem wurde ihm angeordnet, einfach weiterzufahren, denn sonst bekomme er kein Geld.

WERBUNG AUF SOCIAL-MEDIA

Wer mehr zahlt, der bekommt als Migrant ein besseres Service. Zu diesem Schluss kann kommen, wer die über die Accounts sozialer Medien wie Telegram,

Facebook und TikTok international verbreiteten, regelrechten Werbevideos von Schlepperorganisationen sieht. Da wird etwa gezeigt, wie an der serbisch-ungarischen Grenze Zäune überwunden werden: mit eigens aufgestellten Leitern. Aber nur jene Migranten, die den höheren Tarif gewählt haben oder vor Ort einen Aufschlag zahlen, können auf beiden Seiten des Zaunes eine Leiter verwenden. Jene mit der günstigeren Variante „dürfen“ auf die andere Seite hinunterspringen. Und man weiß auch von noch besseren Angeboten: So wurden von Schleppern schon die Schlösser von in Zäunen eingebauten Türen ausgetauscht. Die eigenen Schlüssel dazu werden dann als „Extra“ weitergegeben.

Die Vorgangsweisen und Strategien der Schlepper, der dahinterstehenden kriminellen Organisationen – vier große Gruppen teilen sich etwa den „Markt“ für die Grenzregion zwischen Serbien und Ungarn – verändern sich immer wieder. Neue Transportmöglichkeiten werden ebenso ausprobiert wie unterschiedliche Verhaltensweisen im Falle einer Anhaltung oder eben neue Werbemaßnahmen. Die

Organisationen sind dabei um ihre gute Reputation bemüht, das bringt Kunden. Kein Wunder also, dass in den kursierenden Videos Migranten gezeigt werden, die erfolgreich im auserkorenen Zielland gelandet sind und die dortige gute staatliche Betreuung loben. Europaweit bemühen sich Polizeibehörden deshalb, rund 700 solcher einschlägig verwendeter Accounts in sozialen Medien sperren zu lassen.

AUSBLICK

„Wir müssen uns darauf einstellen, Migration gemeinsam zu managen, aufhalten können wir sie nicht“, sagt Tatzgern. Schlepperorganisationen würden etwa sehr genau beobachten, was in den EU-Ländern „die Politik“ tut, welche Positionen und Meinungen in den Diskussionen über Migration und Asyl gerade aktuell sind, wo es Änderungen in der Haltung gegenüber Migranten gibt. Informationen darüber finden rasch ihren Weg in die Herkunftsländer von Flüchtlingen und beeinflussen dort, wie viele Menschen sich auf die lange Reise nach Europa begeben wollen. Abhängig natürlich von der

jeweiligen Situation der Menschen in diesen Ländern: „Die Hälfte der Bevölkerung Afghanistans würde derzeit wohl gerne das Land verlassen, noch verhindern das die Taliban.“

Was die polizeiliche Arbeit in Österreich bei der Bekämpfung von Schlepperei und illegaler Migration betrifft, speziell jene der Kriminalpolizei, da zeigt sich Tatzgern hingegen stolz: „Da stehen wir international sehr gut da, wir gehören in vielen Bereichen zu den Vorreitern in Europa.“ Vor allem in technischen Belangen, wie etwa bei den vielen Abfragemöglichkeiten, die rasch und einfach via Diensthandy erledigt werden können (Kennzeichen, Melderegister etc.). Derzeit werde etwa der Abgleich von Fingerabdrücken „in wenigen Minuten“ getestet. Führend sei man auch, was die Datenauswertung von sichergestellten Handys betrifft: „Das geht unheimlich schnell.“ Man erlebe in jüngster Zeit einen wahren Quantensprung bei den technischen Möglichkeiten. Diese Entwicklungen seien in gewisser Weise aber auch ein Fluch, meint Tatzgern lächelnd: „Wir wissen jetzt einfach viel mehr.“ ■

DAS BK WÄCHST: EIGENE ABTEILUNG GEGEN SCHLEPPER

Das Bundeskriminalamt trägt dem massiven Anstieg der Schlepperkriminalität Rechnung: Seit 1. Dezember ist das „Büro 3.4 – Menschenhandel und Schlepperei“ zur eigenen Abteilung aufgewertet. Laut BK-Direktor Andreas Holzer „spiegelt die bedeutende organisatorische Weiterentwicklung die Dynamik in diesem Deliktsbereich wider“. Formell läuft die neue „Abteilung 8“ nun sechs Monate im Probebetrieb, danach wird evaluiert. Gerald Tatzgern, bisheriger Bürochef, ist zum Abteilungsleiter aufgestiegen. Seinen Aufgabenbereich beschreibt er so: „Beginnend bei der Schlepperei und dem Handel von Menschenleben bis hin zu jenen Delikten, die oftmals in diesem Kontext stehen: Die Verwendung gefälschter Dokumente, das Erschleichen echter Visa, der Missbrauch von Staatsleistungen und so weiter.“ Auch das illegale Glücksspiel fällt künftig in den Zuständigkeitsbereich der neuen Abteilung.

In der vorerst 50köpfigen Truppe geht auch die „Task Force SOLBE“ auf, die sich der Bekämpfung des Sozialleistungs Betrugs widmet (siehe *kripo.at* 06/19). Sie hat innerhalb von drei Jahren etwa 8.500 Anzeigen gestellt und 9.386 Tatverdächtige



BK-Direktor Andreas Holzer

Bild: BMI

ausgeforscht. Schadenssumme: mehr als 50 Millionen Euro.

„Die Migration und daraus resultierende Kriminalitätsphänomene bereiten den Menschen in Österreich Sorge. Die neue Spezialeinheit versteht sich daher als die zentrale Ansprechstelle und Ermittlungseinheit“, so Tatzgern. Somit wird auch das vor fünf Jahren gegründete „Joint Operational Office“ (JOO) als zentrale Drehscheibe in der Bekämpfung der internationalen Schlepperkriminalität mit Schwerpunkt Westbalkanroute integriert. Das JOO versteht sich als verlängerter Arm von Europol, hier werden sowohl nationale als auch internationale Ermittlungsverfahren koordiniert, Informationen mit Bezug zu Schlepperei und illegaler Migration zusammengeführt und an unterschiedliche Stellen weitergeleitet. ■



technik

Im zivilen Bereich ist Gesichtserkennung längst auf dem Vormarsch. Am Flughafen Schwechat lässt das von der AUA-Mutter „Star Alliance“ entwickelte „Biometrics“ FFP2-Masken zu, für registrierte Reisende ist das Boarding nahezu kontaktlos möglich.

GESICHTSERKENNUNG: SELBST MASKEN HELFEN TÄTERN NICHT

Seltene Einblicke in eine der neuesten polizeilichen Ermittlungsmethoden gab es kürzlich bei einem exklusiven VKÖ-Vortrag: Das Gesichtserkennungssystem soll schon bald Tausende erwartete Anfragen pro Jahr bearbeiten – und so idealerweise Täter überführen, aber auch vermeintlich Verdächtige entlasten. Die Trefferquote übersteigt schon jetzt die Erwartungen.

peter.grolog@kripo.at

Am Anfang sei es so etwas wie ein Traum gewesen, schilderte Ministerialrat Mag. Gerhard Ranftl, Leiter des Büros 6.3 (Tatort) im Bundeskriminalamt, die Anfänge: 2009 haben er und sein Chef, Reinhard Schmid, sich darüber Gedanken gemacht, ob die damals relativ neu aufgekommene bzw. ausgereifte scheinende Gesichtserkennung (GES) per Computer etwas für die Polizei sein könnte. Heute wissen wir: Sie ist es. „Ein tolles

Werkzeug mehr in unserem kriminalpolizeilichen Werkzeugkoffer“, wie VKÖ-Bildungsreferent Martin Roudny anlässlich von Ranftls GES-Präsentation Ende Jänner 2022 sagte.

LANGE STARTPHASE

Dass es das System überhaupt geben wird, war nicht nur 2009 ungewiss. Über die Jahre waren immer wieder technische,



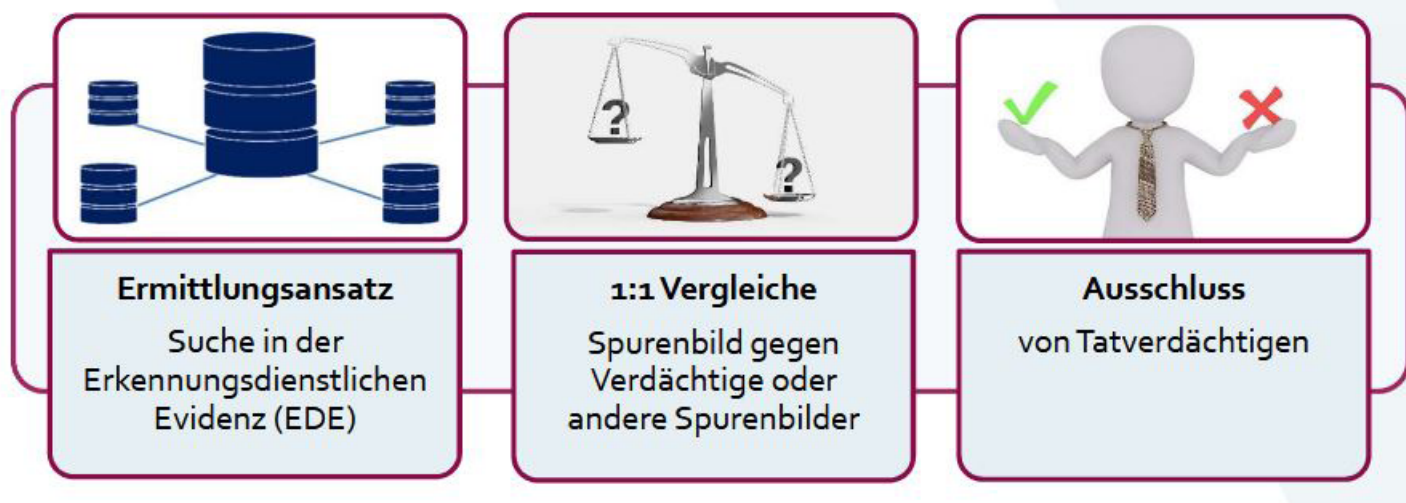
Ministerialrat Mag. Gerhard Ranftl

Bild:VKÖ

vor allem aber rechtliche Hürden (Stichwort: Datenschutz) zu nehmen. Was teils auch der Politik geschuldet war.

Jedenfalls hatte man nach dem Projektstart und der Ausschreibung vier namhafte Anbieter zur Hand, die Entscheidung fiel schließlich zugunsten von „Cognitec Systems“ aus Magdeburg, Deutschland. „Eine gute Wahl“, wie Ranftl meinte, denn der Hersteller setzt alles daran, die Software

MÖGLICHKEITEN FÜR DIE EXEKUTIVE/POLIZEILICHE ARBEIT



bzw. die Algorithmen dahinter laufend zu verbessern – wohl auch, um am boomenden Markt mithalten zu können. So ist es etwa der Pandemie geschuldet, dass das System soweit verfeinert wurde, dass es nun auch hinter Masken verborgene Gesichter zu identifizieren in der Lage ist.

280 TREFFER

Davon war 2018, als „FaceVACS“ geliefert wurde, freilich noch keine Rede. Und auch ein Jahr später, als die Pilotphase gestartet wurde, schienen solche Möglichkeiten nicht real. „Unsere Erwartungshaltung war eine Trefferquote von etwa fünf Prozent“, erinnerte sich der nunmehrige BK-Büroleiter. Nach dem operativen Start 2020 – und somit keine zwei Jahre später – kann man sich über etwas mehr als 12 Prozent freuen, was in Zahlen heißt: in 2323 Fällen hat es bislang 280 „Treffer“ gegeben.

Ministerialrat Ranftl führte die simpel anmutende, im Hintergrund freilich hochkomplexe Vorgehensweise anschaulich vor Augen: Nach einer (vorsätzlich begangenen) Straftat wird ein Foto (oder Video) eines Verdächtigen sichergestellt. Dabei kann es sich zum Beispiel um Material einer Überwachungskamera handeln, aber auch um ein Bild aus sozialen Medien. In einem ersten Schritt prüft das System, ob das sogenannte „Spurenbild“ überhaupt für einen Vergleich geeignet ist. Ist es das,

wird das Konterfei in Sekundenschnelle mit den derzeit etwa 650.000 in der erkennungsdienstlichen Evidenz (EDE) gespeicherten Visagen (und künftig auch mit dem Fremdenregister) im Profil und Halbprofil abgeglichen. Je höher dann die in Prozenten ausgewiesene Übereinstimmungswahrscheinlichkeit, desto größer die Erfolgchancen.

DAS AUGÉ IRRT

Das System „spuckt“ (bis zu) zehn Vorschläge aus. „Nun liegt es am zuständigen Ermittler, sich diese möglichen Verdächtigen näher anzusehen“, sagte Ranftl, der in dem Zusammenhang einmal mehr betonte, dass das GES ermittlungunterstützend eben auch als Ausschlusskriterium gesehen werden kann und muss: „In einem Fall mit einer Übereinstimmung von drei Prozent mag das für die Kollegen vielleicht frustrierend sein, es ist aber so.“ Was Ranftl an einem konkreten Beispiel – einem Einbruch in ein Bistro – deutlich machte: Da war anhand eines gestochenen scharfen Überwachungsfotos rasch eine Verdächtige ausgemacht. Die Ermittler waren sich beim optischen Vergleich der Bilder sicher: „Wir haben sie.“ Einzig: „FaceVACS“ konnte lediglich eine Übereinstimmung von 3,08% erkennen. Auch eine andere Frau, die als Täterin in Frage kam und eine gewisse Ähnlichkeit aufgewiesen hat, entsprach laut Computer nur zu 17%

der Gesuchten. Fündig wurde der „große Bruder“ schließlich in der EDE – mit einer ausgewiesenen Wahrscheinlichkeit von 85%. Der langen Rede kurzer Sinn: Die vom GES Erstgereichte hat die Tat dann auch gestanden.

„Subjektive Ähnlichkeit kann täuschen“, warnte Ranftl und verwies auch auf einen Bankraub in Wien, dessen – nach der Veröffentlichung von Fahndungsfotos – ein Pole von einer ihm nahestehenden Person bezichtigt worden war. Tatsächlich schien alles zu passen – nur „FaceVACS“ war mit den Ermittlern ganz und gar nicht einer Meinung. Es schlug jemand völlig anderen aus der EDE vor; und behielt recht.

ES GEHT RUCK, ZUCK

Wie rasch das System arbeitet, machte der Vortragende anhand eines Drogenfalles deutlich. Es ging um acht Kilo Kokain, wobei die Suchtgiffahnder vom Dealer zwar ein „Facebook“-Foto hatten, aber eben keinen Namen. „Um 8.00 Uhr haben sie bei uns angefragt, am selben Tag haben wir ihnen bereits die mögliche Identifizierung geschickt“, so Ranftl, der auch in diesem Zusammenhang hervorhob, dass ein „Treffer“ nur als Ermittlungsansatz zu verstehen ist: „Das ist nicht wie bei Fingerabdrücken oder der DNA, wo sich per Gutachten eine Übereinstimmung festschreiben lässt. Wir schreiben keine Gutachten.“

Für das Einspielen von Fotos ist eine spezielle forensische Bildbearbeitungssoftware notwendig. Sie stellt sicher, dass das Rohmaterial erhalten bleibt bzw. jeder Bearbeitungsschritt, z.B. ein bestimmter Ausschnitt, für ein späteres Verfahren dokumentiert ist. 20 Lizenzen für das Computerprogramm hat das BK zur Verfügung. Damit arbeiten das BK selbst sowie die Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN), die Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) sowie die neun Landeskriminalämter (LKA), wo aber unterschiedliche Organisationseinheiten, je nach Bundesland, mit der Thematik befasst sind: Was hier der „Assistenzbereich (AB) 03/operative Sondereinsatzmittel“ erledigt, macht anderswo der „Tatort“ (AB-07), während sonst die „kriminalpolizeiliche Untersuchungsstelle“ (AB-08) zuständig ist – seit der großen Polizeireform wird österreichweit bekanntlich einheitlich vorgegangen, hieß es anno dazumal zumindest. Offen steht das System freilich jedem Polizisten, der

sich mit „seinem“ Fall eben an „sein“ LKA wenden muss.

Zuletzt hat es rund 1.000 Anfragen pro Jahr gegeben. Ranftl rechnet damit, dass sich diese Zahl mit Aufschließung aller vorgesehen Teilnehmer erhöhen wird. Nicht zugeordnete „Spurenbilder“ bleiben übrigens im System gespeichert. Was den Vorteil hat, dass auch künftig in der EDE erfasste Personen abgeglichen werden, immerhin kommen Monat für Monat rund 2.500 Neuerfassungen dazu. Außerdem werden „Spurenbilder“ miteinander verglichen, was zum Erkennen von Serientaten beiträgt.

WAS TABU BLEIBT

Tabu ist und bleibt der Abgleich mit anderen Datenbanken (Führerscheine, Reisepässe, Personalausweise usw.). Ob GES auch international – wie der Abgleich von Fingerabdrücken und DNA-Profilen – zum Einsatz kommen kann/darf, bleibt Ranftl zufolge abzuwarten. Er geht davon

aus, dass in drei bis fünf Jahren ein Datenaustausch im Rahmen von „Prüm II“ denkbar scheint. Keinesfalls vorgesehen, weder technisch noch rechtlich, ist ein Abgleich mit Live-Bildern, auch wenn politisch und medial anderes suggeriert wird.

Abwarten heißt es auch, was die Identifizierung von Zeichnungen, etwa Phantombildern, anbelangt. Dazu ist die Technik (noch?) nicht in der Lage: „Das ist sehr problematisch.“ Aber, wie Ranftl schon bezüglich der FFP2-Masken erwähnt hat: „In sehr kurzer Zeit ist die Software um 500 Prozent besser geworden“, der Fortschritt gehe ja weiter. Selbst mit Masken würden sich mittlerweile Übereinstimmungen von bis zu 93% ergeben.

EXPERTEN-TIPPS

Wovon der Experte dringend abrät, ist das Abfotografieren von Bildschirmen. Wo immer es geht, sollte das Original zum Abgleich herangezogen werden, idealerweise in den Formaten JPG und PNG. Wobei Ranftl auch diesbezüglich meinte: „Probieren können wir es mit allem. Aber nicht jedes Foto, das für das menschliche Auge ‚scharf‘ oder ‚gut‘ ist, taugt auch etwas für die Maschine.“ Umgekehrt verhält es sich genauso, wie im Vortrag anhand von Beispielen augenscheinlich vorgeführt wurde. Selbst mit schrägen Aufnahmewinkeln und unscharf wirkendem Material kann das System umgehen. Auch die Alterung eines Menschen stellt kein Problem dar: Probeweise hat man das aktuelle Foto eines Kriminalbeamten mit jenem abgeglichen, das anlässlich seines „Kiebererkurses“ 1991/92 angefertigt worden war. Übereinstimmungswahrscheinlichkeit: 90 Prozent!

EU ZAHLT FAST ALLES

Dass moderne Werkzeuge wie das GES ihren Preis haben, versteht sich. Allerdings bekommt Österreich 90 Prozent der Aufwendungen von der EU refundiert, weil der Staatenbund der Methode, die auch in anderen Ländern eingesetzt wird, Zukunftspotential in Sachen Sicherheit zuschreibt. Die angekaufte Software von Cognitec hat rund 470.000 Euro gekostet. ■

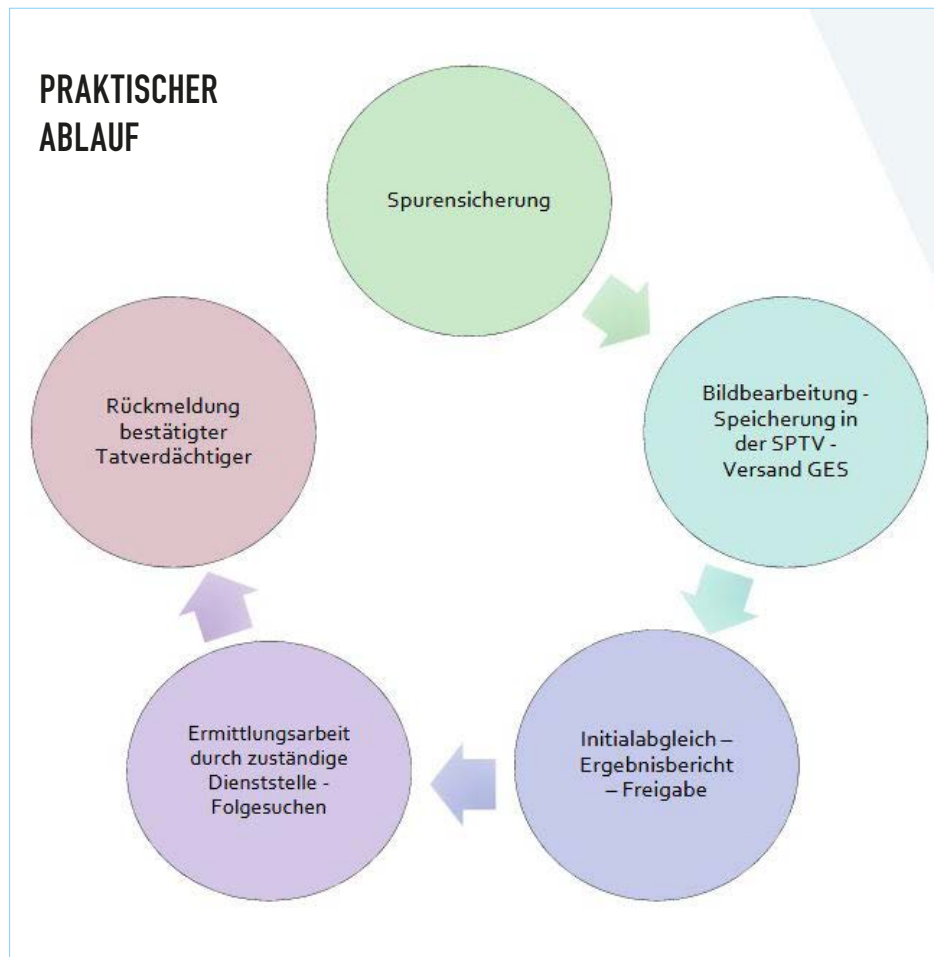




Bild: Adobe Stock/Dennis Donohue

top thema

DAS REVIER DER JUNGEN WÖLFE

Beobachter vergleichen sie mit jungen Wölfen, die in Rudeln umherstreifen: Teenager, meist mit Migrationshintergrund, die immer öfter für Gewalttaten an wehrlosen Opfern verantwortlich gemacht werden. Der Polizei bescheren die veränderten Kriminalitätsformen darüber hinaus Probleme bei der Bekämpfung; kripo.at versucht eine Bestandsaufnahme.

martin.roudny@kripo.at

Der Straßenraub im öffentlichen Raum hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Männliche Jugendliche und junge Erwachsene, sehr häufig mit Migrationshintergrund und polykrimineller Vergangenheit, machen in Gruppen von drei bis fünfzehn Mitgliedern Jagd auf schwache und wehrlose Opfer. Ein jagendes Wolfsrudel ist ein zulässiges Sinnbild für das Täterverhalten und die Rollenverteilung innerhalb dieser Tätergruppen.

STATISTIK

Das Kriminalitätsphänomen des Straßenraubes ist nicht neu, es hat aber eine andere Gestalt angenommen. Seit 2017

finden in Österreich jährlich zwischen 900 und 1200 Raubüberfälle statt. Davon sind rund ein Viertel schwere Raubüberfälle, also jene, die man gemeinhin unter den Begriffen „bewaffnete Raubüberfälle“ oder „Raubüberfälle mit überschießender Gewalttendenz“ einordnen kann. Der höchste Prozentsatz dieser Taten findet an öffentlichen Orten – auf der Straße, auf einem Parkplatz, in einem öffentlichen Verkehrsmittel, in einer Haltestelle oder in einer Wohnhausanlage – statt. Sie werden im kriminalistischen Sinne unter dem Begriff „Straßenraub“ subsumiert.

Während sich die Überfälle auf Banken, Postämter, Geldinstitute, Juweliere und Glückspielbetriebe österreichweit seit

Jahren im einstelligen Bereich bewegen, sind es bei Tankstellen, Supermärkten, Trafiken und Geschäften bereits zweistellige Zahlen. Die hunderten Raube im öffentlichen Raum haben sich in den vergangenen Jahren aber zunehmend zu einem gesellschaftlichen, justiziellen und kriminal-polizeilichen Problem ausgewachsen.

TÄTER UND OPFER

Schwere Raubkriminalität gegen „klassische“ Ziele wie Banken, Wettbüros, Geldboten und Postämter können – kriminalistisch betrachtet – vorwiegend vorbestraften Berufsverbrechern oder verzweifelten, oftmals schwer verschuldeten Tätern zugerechnet werden. Raubüberfälle auf Trafiken, Tankstellen, Supermärkte oder den Einzelhandel sind nach kriminalistischen Erfahrungswerten eher Tätern aus dem Suchtmittelmilieu zuzuordnen. Diese Behauptungen sind zwar nicht immer die Faustregel, jedoch halten sich diese Thesen aufgrund langjähriger Straßenweisheit und entsprechendem

Erfahrungsschatz hartnäckig. Sie bilden mitunter eine gute Orientierungshilfe für erste Ermittlungsschritte.

Der gemeinschaftliche Straßenraub zeigt seine Fratze hingegen anders. Die meisten Verbrechen werden im Alter zwischen 14. und 24. Lebensjahren begangen. Gruppen von testosteronstrotzenden, im Krisenalter befindlichen Tätern wissen nicht, was sie mit ihrer Kraft und Tagesfreizeit anfangen sollen.

Die Delinquenten sind zum Teil so genannte „Globalisierungsverlierer“ ohne Ausbildung mit geringen Chancen. Sie sind über ihr eigenes Scheitern verbittert und anfällig für Kriminalität, Ideologien, im schlimmsten Fall gleiten sie in die Extremistenszene ab und sind als (potenzielle) Terroristen zu betrachten.

MANNIGFALTIGE GRÜNDE

Die Gründe für Aggression und Gewalt sind vielfältig. Sie reichen von Ungleichheit, Misserfolg, eigener Gewalterfahrung, beengter Wohnsituation, Schmerz, Kränkung, Alkohol, Drogen und Erziehung bis hin zur fehlenden Möglichkeit, am Wohlstand einer Gesellschaft zu partizipieren. Diese Demütigungsproblematik und soziale Ausgrenzung führen regelrecht zur Zunahme an Gewalt, wobei dann bereits eine einzige Kränkung unmittelbarer Auslöser für Aggression sein kann.

Mancher Täter will als stark wahrgenommen werden, um so sein niedriges Selbstwertgefühl aufzupolieren. „Zuschlagen fühlt sich gut an“, und mitunter können brutale Schläger beim anderen Geschlecht die Rolle eines „Beschützers“ – im krassesten Fall die eines „Sittenwächters“ – einnehmen. Je nach kulturellem Hintergrund sind die Grenzen auch hier fließend.

Schwache Opfer sind leicht zu überwältigen, weil sie kaum über Schulhofraufereien hinausgekommen sind. Sie verfügen über keine Straßenkampferefahrung, trainieren kaum in Kampfsporteinrichtungen und sind daher ein leichtes Ziel für die

Straßenräuber. Auch die zahlenmäßige Überlegenheit einer Gruppe und der Einsatz von „Meinungsverstärkern“ wie Messern oder Schlagringen sind Erfolgsfaktoren für einen gelungenen Straßenraub.

Während in Österreich seit Jahren bei rund einem Drittel der stellungspflichtigen jungen Männer im Zuge der Musterung vom Bundesheer psychisch und physisch geradezu bemitleidenswerte Zustände festgestellt werden, sind die jungen Straßenräuber aus einem ganz anderen Holz geschnitzt. Unter ihnen befinden sich unbegleitete minderjährige Migranten oder Jugendliche mit Migrationshintergrund, die im (Bürger-)Krieg oder in einem Terrorgebiet in bitterer Not, ständiger Angst und Armut aufgewachsen sind.

So manches Opfer macht auch bei einem vermeintlichen Drogenankauf Bekanntschaft mit Straßenräubern die vorgeben, „dick im Geschäft“ zu sein. Eine Frage nach Ware, ein vermeintliches Angebot, eine gemeinsame Ortsverlagerung zu einem verdeckten Übergabeort können fallweise in einer bösen und schmerzhaften Überraschung für das Opfer enden. Solche Raubüberfälle werden wegen des eigenen Fehlverhaltens des Opfers seltener angezeigt oder inhaltlich ein wenig aufgehübscht.

STARKER KONTRAST

So treffen wohlbehütete, saturierte Opfer mitunter auf ein Gegenüber, das ent wurzelt im Bürgerkrieg aufgewachsen ist und zum Zwecke des Überlebens auch von seinen Familienmitgliedern oder dem sozialen Umfeld zu einem Wolf erzogen wurde. Diese Überlebenskünstler haben bereits in jungen Jahren den gefährlichen und beschwerlichen Weg nach Österreich geschafft. Stellen sie sich Jugendliche der Generation „woke“ vor, die einen ähnlichen Weg einschlagen müssten oder die von ihren Eltern dazu genötigt werden, loszuziehen, um die Familie zu ernähren.

Eine andere Generation wächst zwischenzeitlich in den so genannten „Brennpunktschulen“ heran. Dort

kämpfen Lehrer um Respekt und haben zum Teil Angst vor den Schülern oder deren Eltern. Das schulische Niveau sinkt, mehr Sonderpädagogik wäre notwendig. Schüler nehmen nicht mehr aktiv am Unterricht teil, sie sind aufsässig, sorgen für Unruhe. Zudem gibt es Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten. Viele sind nicht in der Lage, einen einzigen fehlerfreien Satz handschriftlich lesbar auf Papier zu bringen, unabhängig von Leseschwäche und der Unfähigkeit zum sinnerfassenden Lesen. Was das für den Schulabschluss und in weiterer Folge für den Arbeitsmarkt bedeutet, sollte jedem klar sein. Immer mehr Jugendliche gehen auf dem Bildungsweg und dem Arbeitsmarkt einfach verloren.

Solche Jugendliche sorgen spätestens in der Pubertät für Konfliktstoff in den Ballungszentren.

Auch das Verhältnis zwischen autochthonen und nicht autochthonen Jugendlichen kippt in Pflichtschulen und zunehmend auch auf der Straße. Schauen Sie sich in ihrer Umgebung um und stellen Sie sich folgende Frage: „Wem gehört der Park?“

AGGRESSION UND BRUTALITÄT

In den vergangenen Jahren war auch eine Brutalisierung bei der unmittelbaren Tatbegehung durch den verstärkten Einsatz von Waffen sowie durch das Verursachen schwerer Verletzungen zu beobachten. Oftmals steht der Wert der Beute nicht annähernd in einem Verhältnis zur angewandten Gewalt. Es ist auch traurige Realität, dass mehrere Mitglieder der Gruppe gegen nur ein Opfer gewalttätig werden, obwohl dieses bereits wehrlos auf dem Boden liegt. In der Gruppe wird Gewalt legitimiert und die Verantwortung dafür quasi auf alle Mitglieder aufgeteilt.

Ähnlich wie bei einem Wolfsrudel, möchten die rangniederen Gruppenmitglieder den ranghöheren Anführern gefallen und ihre Stellung verbessern, auch das kann ein Grund für exzessive Gewaltanwendung sein. Gewaltakte werden

mitunter inszeniert und mit Handykameras aufgenommen, um die Szene dann über soziale Medien zu teilen. Der Begriff „Happy Slapping“ ist im Strudel der Zeit fast untergegangen und taucht in den Medien kaum mehr auf.

Gewalt gilt wie die Durchsetzung des kriminellen Willens für die Täter als Erfolgsmodell und stärkt das Selbstwertgefühl. Zudem gibt es unterschiedliche kulturelle Gewaltverständnisse, die durchaus einen sozialen Aufstieg in der jeweiligen Community bedeuten.

Die Abnahme von Messern bei einer Routinekontrolle durch die Polizei wird von einem Gutteil der Täter als Art der Kastration empfunden. Das verhängte vorläufige Waffenverbot ist nach wenigen Minuten vergessen, es wird erneut aufgerüstet.

MEDIEN

Medien berichten oftmals zwiespältig über das veränderte Straßenraubphänomen. Einerseits geschieht das verharmlosend, so werden brutale Straßenräuber als „Milchbuben-Bande“ titulierte oder die



Bild: Pixvels/Andreas Fickl
 Von den Medien werden brutale Straßenräuber oft als „Milchbuben-Bande“ verharmlost.

Tathandlung relativiert dargestellt. Andererseits wird mit reißerischen Schlagzeilen mitunter ein wahrer Hunnensturm angekündigt, dem ein schwacher Staat hilflos gegenübersteht. Der Boulevardjournalismus lebt gut von neuen oder geänderten Kriminalitätsphänomenen, während der investigative und objektive Journalismus in Österreich in der Breitenwirkung bedauerlicherweise überschaubar ist.

PERSPEKTIVEN UND PROGNOSEN

Viele Kriminologen vertreten die These, dass etwa ab dem 25. Lebensjahr, wenn Beruf und eigene Familie zu den Konstanten geworden sind, die Delinquenz sinkt. Dem ist zuzustimmen, allerdings

drängen sich weitere Fragen auf: „Was wird in den nächsten Jahren aus unseren jugendlichen Intensivtätern?“ Oder: „Welche Delikte werden von gewaltaffinen Tätern, die das nicht geschafft haben, in der Zukunft begangen?“ Darüber hinaus: „Wie kann man schon im Ansatz eine Entwicklung zu schwerem Berufsverbrechertum oder Clankriminalität verhindern?“ Oder schlicht und einfach: „Welcher gesamtstaatlicher Anstrengungen und Werkzeuge bedarf es, um die Anzahl der Raubdelikte zu senken?“

Ein denkbarer und wichtiger Ausweg aus einer innergesellschaftlichen Benachteiligung potenzieller Täter ist die Bildung. Bildung bedeutet zugleich Gewaltprävention, weshalb der Staat große Bemühungen unternehmen sollte, um bildungsfernen Milieus rasch entsprechende Bildungsangebote bereitzustellen. Ein weiterer positiver Aspekt wäre in diesem Kontext, dass durch Bildung und Wertevermittlung auch integrative Maßnahmen gefördert werden. Wie meinte schon der Kriminologe Franz von Liszt: „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik!“■

„PROBLEMKINDER“: DAS BK ARBEITET AN GEGENSTRATEGIEN

Im Bundeskriminalamt beschäftigt man sich bereits seit geraumer Zeit mit dem Phänomen der immer öfter von Jugendgruppen/banden verübten Raub- bzw. Gewaltdelikte. „Es ist eine sehr hohe Gewaltbereitschaft zu beobachten, die mit sehr unkooperativen Verhalten [der Polizei gegenüber, Anm.] einhergeht“, attestiert Ministerialrätin Mag. Petra Huber-Lindner (Bild oben), Leiterin des „Büros für allgemeine Kriminalität“. Die zuständigen BK-Raubreferenten haben gemeinsam mit örtlichen Kollegen einschlägige Vorfälle in OÖ, NÖ, Salzburg, Steiermark, Tirol und Wien registriert und analysiert. Die meisten relevanten Vorfälle ereignen sich im urbanen Bereich. In den betroffenen



Städten – etwa Linz und Graz – wird das Problem unterschiedlich angegangen: Einerseits setzt man auf den Dialog mit Jugendkontaktbeamten, andererseits versuchen spezielle Ermittlungsgruppen, dem Spuk ein Ende zu bereiten.

Wie Huber-Lindner sagt, arbeite man in interdisziplinären Arbeitsgruppen an Gegenstrategien. Im November ist der Startschuss zum ersten „runden Tisch“ gefallen, kürzlich waren auch die Experten der Jugendgruppe der Staatsanwaltschaft Wien „mit großem Engagement mit dabei“, wie Huber-Lindner feststellte. Sie hält es für wichtig, nicht nur repressiv vorzugehen, sondern auch präventive Maßnahmen zu ergreifen. Diesbezüglich will man unter anderem die Schiene der Aktion „GEMEINSAM.SICHER“ nutzen. Weil die Mehrzahl der „Problemkinder“ Fremde sind, hat man sich auch Fachleute aus der Sektion V (Fremdenrecht, Migrationsstrategie) mit ins Boot geholt. Das Thema sei „sehr vielschichtig“, gibt Huber-Lindner zu bedenken.■



top thema

„GIB IHM FAUST“

Legistische Vorgaben und technische Mängel, aber auch ein als viel zu lax empfundener justizieller Umgang mit jugendlichen Gewalttätern bereiten der Polizei zunehmend Probleme. Denn während das Klientel laufend mehr und aggressiver wird, steigt der bürokratische Aufwand, die Lücken zwischen Theorie und Praxis werden größer.

peter.grolig@kripo.at

Inmitten des Trubels am abendlichen Wiener Schwedenplatz drängt sich der Kleinste aus der Gruppe jugendlicher Afghanen nach vorne und herrscht einen ihm unbekanntem Burschen an: „Warum fickst du deine Mutter?“ Der Angesprochene tut das einzig richtige: Er zieht sich zurück. Unmittelbar darauf verhält sich ein anderer junger Mann weniger geschickt: Er weist die Frage erobst zurück. Schon tritt der Größte aus der Gruppe hervor – und schlägt dem Opfer mit voller Wucht mit der Faust ins Gesicht. Glück im Unglück: Ein Kriminalbeamter hat das Geschehen beobachtet. Er hilft dem Verletzten und sorgt dafür, dass die Gewalttäter nicht mehr an-

richten können und wenig später dingfest gemacht werden.

Kleiner Schauplatzwechsel auf den Stephansplatz. Passanten, darunter ein Kriminalbeamter (außer Dienst), fällt auf, dass mehrere Gruppen wie die oben beschriebene das Straßenbild prägen. Es sind, grob geschätzt, 100 Jugendliche. Rundum wird Party gemacht. Aus Handys schallt lautstark Musik. Doch irgendwie hinterlässt die ausgelassene Stimmung auch einen aggressiven Eindruck. Tags darauf die interessante Erkenntnis: rund um den Stephansplatz sind zur fraglichen Zeit vier brutale Raubüberfälle (mit

einschlägigen Täterbeschreibungen) verübt worden – Zufall?

Während Vorfälle wie diese kaum mediale Aufmerksamkeit finden, sind zwei ähnlich gelagerte Fälle erst Anfang Jänner in den Schlagzeilen gelandet: Zunächst haben sich zwei Gruppen Jugendlicher „mit Migrationshintergrund“ zu einer „Aussprache“ beim Bahnhof Wr. Neustadt verabredet, sicherheitshalber wurden Messer, Schreckschusspistolen und Elektroschocker mitgenommen. Nach der Massentrauferei wurden zunächst sechs Burschen festgenommen, ein zuvor bereits wegen Mordversuchs amtsbekanntem 15-Jähriger landete in U-Haft. Nur zwei Tage später sind im Leheiner Park in Salzburg mehrere Afghanen, Tschetschenen und ein Nigerianer mit Fäusten und Messern aufeinander losgegangen, zwei Beteiligte wurden schwer verletzt. Großeinsätze wegen ähnlich gelagerter Anlässe werden unter anderem auch in Linz und Innsbruck immer

wieder verzeichnet. Wenn Tschetschenen und Afghanen aneinandergeraten, so eine Faustregel der Kripo, dann geht es zumeist um Revierstreitigkeiten beim Drogenhandel.

Chefinspektor Helmut Pöttler vom LKA-Wien kennt die Materie seit gut 20 Jahren. Seine „Raub-Gruppe“ ist auf jugendliche (Intensiv-)Täter spezialisiert. Somit steht seinem Team auch eine Videokamera zur vorgeschriebenen Dokumentation der Einvernahme noch nicht 21 Jahre alter Verdächtiger zur Verfügung. Eigentlich ist es ja nur eine umfunktionierte Bodycam. Und sie funktioniert auch nicht immer. Aber immerhin. Einvernahmen ohne Anwalt dürfen zwar nicht sein – aber was tun, wenn der Verteidigernotruf zum rechtsanwaltlichen 24-Stunden-Bereitschaftsdienst für festgenommene Beschuldigte (☎ 0800 376 386) schwer erreichbar bzw. überlastet ist?

„Wir hatten spätabends einen Raub mit fünf Festnahmen. Also haben wir fünf Anwälte benötigt. Ein einziger war nach zwei Stunden erreichbar“, schildert Pöttler. Dass derweil die Haftzeit – 48 Stunden ab Zeitpunkt der Festnahme – weiterläuft, ist ein eigenes Problem. Denn während die amts handelnden Polizisten ans Beschleunigungsgebot (§ 9 StPO) gebunden sind, muss auch noch auf Dolmetscher und Erziehungsberechtigte gewartet werden. Einziger Vorteil, wie man zynisch anmerken könnte: Der Festgenommene hat ohnedies ein verbrieftes Recht auf eine ungestörte Nachtruhe.

Das Gesetz ist ohnedies sehr rücksichtsvoll. So bietet es dem Beschuldigten die Möglichkeit, auf einen Anwalt zu verzichten, wenn er sich den nicht leisten kann. Dann springt der Steuerzahler ein und übernimmt die Kosten des Verfahrenshelfers – den der Polizist vor der Einvernahme einbestellen muss. Wie ein Erläuterungsentwurf des Justizministeriums nahelegt, wird bei von der EU vorgegebenen Maßnahmen, die weitere Erleichterungen



Chefinspektor Helmut Pöttler vom LKA Wien ist Spezialist für jugendliche (Intensiv-)Täter

(für Beschuldigte) vorsehen, teils von falschen Voraussetzungen ausgegangen (siehe Zusatzkasten Seite 29).

Was von Ermittlern in Wien häufig zu hören ist: Selbst bei schwer vorbestraften Tätern würde sich die Justiz in puncto U-Haft meist „zurückhaltend“ geben, um es nett zu umschreiben. Was offenbar auch bei Verurteilungen gilt: „Da haben Siebzehnjährige eindrucksvolle ‚Speis‘karten¹, waren aber keinen einzigen Tag in Haft“, schüttelt ein Kriminalist den Kopf. Hier hakt Pöttler ein: „Ich verstehe nicht, wieso man mit 16 Jahren zum Wählen reif genug sein soll, aber bis 21 vom Jugendgerichtsgesetz mit Nachsicht behandelt wird.“ Er meint, dass Jugendliche – und speziell „junge Erwachsene²“ – heute nicht „schutzbedürftiger“ als früher sein sollten, als das Alterslimit noch bei 18 Jahren lag. Dass es heutzutage – vor allem bei jungen Tätern – kaum noch „Haftsachen“ gibt, kann Pöttler aus eigener Erfahrung bestätigen.

Auch dass die Klientel der Polizei bzw. dem Rechtssystem völlig ohne Respekt gegenübertritt, weiß Pöttler und beschreibt es an einem geradezu harmlosen Beispiel: In einem Fall mit acht Beschuldigten waren sieben Einvernahmen relativ rasch erledigt, der achte im Bunde aber nicht

greifbar. „Früher“ hätte es wahrscheinlich eine Festnahmeanordnung gegeben. Pöttler und sein Team mussten sich mit einer Vorführung zur sofortigen Vernehmung zufriedengeben. Fazit: Die Eltern des Burschen öffneten den Beamten zwar die Tür, meinten aber, der Rechtsanwalt hätte gesagt, ihr Sohn käme ohnedies „nächste Woche“. Wann das konkret sei, konnten sie nicht sagen – dann fiel die Tür wieder ins Schloss.

In Justizkreisen heißt es jedenfalls hinter vorgehaltener Hand, dass die politische Vorgabe – nicht erst mit einer „Grünen“ Ministerin – lauten würde, „weniger einzusperrern“. Das hätte speziell bei jugendlichen Gültigkeit, immerhin ließe sich das Jugendgerichtsgesetz entsprechend auslegen. Was die Sonderbehandlung anbelangt, sieht Pöttler noch einen weiteren Ansatz- bzw. Kritikpunkt: Die Auflösung des Wiener Jugendgerichts. Der ist 2003 – wie schon in der Zeit von 1939 bis 1945 – mit dem Landesgericht (für Erwachsene, Anm.) praktisch fusioniert worden. Pöttler sieht hier eine alte „Häfenweisheit“ bestätigt: „Wenn ein Jugendlicher dorthin eingeliefert wird, bekommt er das kriminelle Know-How vermittelt, das ihm bisher gefehlt hat.“

Dass es in der Vergangenheit immer wieder Probleme mit „Jugendbanden“ gegeben hat, weiß Pöttler aus eigener dienstlicher Erfahrung, etwa mit Skinheads, „Red Brothers“ oder bestimmten Gemeindebauten bzw. Gegenden wie dem Prater zugeordnete Cliques. Auch die „Handyraubereien“ Anfang der 2000er Jahre hat der routinierte Kriminalbeamte sozusagen miterlebt. „Die Täter von heute gehen aber anders vor. Da kommen drei, vier, fünf Burschen über soziale Netzwerke zusammen und befinden spontan: ‚Jetzt machen wir wen! Und das dann mit ziemlicher Brutalität!‘ Oft strapaziertes Motto: ‚Gib ihm Faust!‘

Nach der Nationalität seiner „Kundschaft“ gefragt, meint der Chefinspektor „aus dem Bauch heraus“: Von 100

1 Jargon für Vorstrafenregister

2 Wer das 18te, aber noch nicht das 21te Lebensjahr vollendet hat



Bild: Pexels/The Humantra

Festgenommenen seien 70 Österreicher und 30 Fremde – wobei von den 70 Österreichern 69 Migrationshintergründe hätten. Besonders viel hätte man in letzter Zeit mit Syrern, Afghanen, Türken und (Ex-)Jugoslawen zu tun. Tschetschenen wären nach wie vor „stark vertreten, aber es werden weniger“, meint Pöttler. Was ihn regelmäßig wundert: „Selbst von den jungen Afghanen sind unglaublich viele schon österreichische Staatsbürger“

Ein weiterer Aspekt, der Pöttler irritiert: „Ich halte dieses ständig überarbeitete Infoblatt für nicht zeitgemäß. Es müsste einfach gehalten und um einiges gekürzt werden. Der hochjuristische Inhalt ist kaum zu verstehen, was die Erklärung bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen erheblich erschwert. Aus meiner Sicht gibt es keinen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, der den Inhalt dieses Informationsblattes tatsächlich versteht“. Wenn ihnen der Inhalt des Schreibens erklärt wird, nicken sie wissend ab, ob sie es auch verstanden haben, wie vom Gesetzgeber vorgeschrieben, ist freilich eine andere Sache.

„Ihre Rechte kennen sie auswendig. Und sie wissen, dass wir ihnen wenig tun können“, meint ein Kieberer aus Favoriten, wo es in der Nacht auf 1. Jänner 2021 zu heftigen multiethnischen Krawallen gekommen ist – Angriffe mit Böllern auf Polizisten und ein Wachzimmer inklusive. Ein (festgenommener) Dreikäsehoch hat sich vor dem um gut zwei Köpfe größeren Beamten provokativ aufgebaut und nur gemeint: „Was is, wo bleibt Anwalt?“ Und auch sonst geben sich die „Knirpse“ nicht eben zurückhaltend: „Uns mit Handzeichen das Gurgelabschneiden zu zeigen, ist fast schon Routine.“■

UTOPIEN DES GESETZGEBERS

Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie EU 2016/800 über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, wird deutlich, wie groß Theorie und Praxis auseinanderklaffen. So heißt es etwa in einem Erläuterungsentwurf des Justizministeriums: „Aufgrund der schon vorhandenen technischen Ausstattung ist davon auszugehen, dass eine audiovisuelle Aufnahme an allen Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften vorgenommen werden kann“

Zur Einvernahmedokumentation sind „Body-worn Cameras“, die ja für einen anderen Zweck konzipiert sind, nicht ideal, der Umgang damit ist kompliziert. Professionell adaptiert Videoeinvernahmeräumen gibt es nicht. Was freilich mit Kameras alleine auch nicht gelöst ist: Speicherung sowie Übermittlung des Materials an die Justiz, ist doch selbst der „elektronische Akt“ anno 2022 Utopie. Wobei sich der Gesetzgeber eine geradezu grotesk anmutende Lösung einfallen hat lassen. In § 36a Jugendgerichtsgesetz heißt es: „Ist eine Ton- und Bildaufnahme aufgrund eines unüberwindbaren technischen Problems nicht möglich, so kann die Vernehmung ausschließlich in einem Protokoll dokumentiert werden, sofern angemessene Anstrengungen zur Behebung des Problems unternommen wurden und eine Verschiebung der Befragung wegen der Dringlichkeit der Ermittlungen untunlich wäre“

Dem „Standard“ hat das Innenministerium übrigens kürzlich mitgeteilt, dass die Ausschreibung zum Ankauf der notwendigen „Body-worn Cameras“ im Jänner angelaufen ist: „In drei Jahren sollen jede der rund 1.000 Polizeiinspektionen des Landes sowie die übergeordneten Dienststellen mit zumindest einer Kamera ausgestattet sein“. Bis dahin beruft man sich halt auf „technische Probleme“, um dem geltenden Recht zumindest in Ansätzen Genüge zu tun: „Wir haben uns eh bemüht...“■

P.G.



Besuchen Sie unsere Website

aktuell
informativ
objektiv
online-zeitschrift
„kripo.at“

VKÖ – INTERNATIONAL

Der 9. Dezember 2021 ist in die Geschichte unserer Vereinigung eingegangen: Die VKÖ ist in das „Conseil Européen des Syndicats de Police“ (CESP) aufgenommen worden. Unser Vertreter wird künftig im Anti-Crime-Committee der europäischen Polizeiorganisation an diversen internationalen Projekten mitarbeiten.

Die Geschichte der VKÖ ist auch eine der Entwicklung, Ausweitung und Vergrößerung. Ursprünglich als „Freie Vereinigung der Wiener Kriminalbeamten“ gegründet, beschränkte sie sich auf Wien. Die Ausweitung auf die Bundesländer war vorprogrammiert, es dauerte aber 96 Jahre, bis 2016 alle Bundesländer mit Sektionen vertreten waren. Ein weiterer Schritt der Expansion war die Aufnahme von deutschen Kollegen, die die VKÖ durch Veranstaltungen kennengelernt hatten. Als die Zahl der deutschen Mitglieder 30 überstieg, wurde vom Vorstand beschlossen, eine deutsche Sektion zu gründen, womit der erste Schritt über unsere Grenze getan war.

Es ist unserem bayerischen Mitglied Johann Wengenmeir zu verdanken, dass wir in Kontakt mit dem CESP kamen. Bei einer Sitzung des „Anti-Crime-Committees“ – der auf Kripoarbeit ausgerichteten Arbeitsgruppe – wurde uns im November 2019 in Wien von Präsident Ricardo Valadas (Portugal) und Generalsekretär Jesús Lira Calvo (Spanien) das Angebot unterbreitet, dem CESP beizutreten.

Im Vorstand folgten lange Diskussionen, welchen Wert der Beitritt der VKÖ zu einer europäischen Polizeigewerkschaft hat, da wir doch keine Gewerkschaft im Sinne der Definition sind. Wir vertreten nicht einzelne Personen, sondern die Gesamtheit des Kriminaldienstes. Wie sich herausstellte, sind Fortbildung und Imagebildung für die Polizei Kernanliegen des CESP, was voll und ganz unserer Philosophie entspricht. Durch die Vernetzung mit EU-Institutionen ist es dem CESP auch möglich, in Brüssel als Lobbyorganisation für die Polizei aufzutreten. Zu guter Letzt waren die internationale Solidarität von Polizisten und Wissensaustausch Punkte, die dazu führten, dass wir das Angebot des CESP annahmen.

Im Dezember des Vorjahres war es soweit. Bei einer Sitzung des Exekutivkomitees (vergleichbar mit unserer Sektionsleitertagung) wurde die VKÖ einstimmig willkommen geheißen. Als Vertreter im Gremium wurde vom VKÖ-Vorstand Mag. Jürgen Jevsnikar vorgeschlagen, der sozusagen als unser Außenminister fungieren wird.

Mit Stolz und Freude können wir damit sagen: Die VKÖ hat sich wieder ein Stück weiterentwickelt. ■



Die CESP-Abordnung Generalsekretär Jesús L. Calvo und Präsident Ricardo Valadas mit den VKÖ-Vertretern Richard Benda und Jürgen Jevsnikar

CONSEIL EUROPÉEN DES SYNDICATS DE POLICE – CESP

CESP ist eine internationale Nicht-Regierungs-Organisation in der EU, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Qualität der Polizeiarbeit in Europa zu steigern. Die CESP wurde 1988 gegründet. Heute gehören ihr Organisationen in 14 europäischen Staaten an, darunter auch Beitrittskandidaten zur EU wie Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro und Albanien. Dass Österreich auch via EU-Projekten mit diesen Ländern zusammenarbeitet, sei nur am Rande erwähnt.

Im Arbeitsprogramm des CESP ist die Vereinheitlichung des Strafgesetzes bei internationalen Delikten (z.B. Geldwäsche) an vorderster Stelle. Bei der Sitzung des Exekutivkomitees wurde ein Zehn-Stufen-Plan vorgestellt, wie dieses Ziel zu erreichen wäre. Weitere fachliche Punkte im Tagungsprogramm waren Korruption und Gewalt gegen die Polizei. Auch indirekte berufliche Probleme waren Tagesordnungspunkte, so z.B. Gewerkschaftsarbeit in der Pandemie und die mentale und physische Gesundheit von Polizeibeamten. Die hohe Anzahl von Suiziden von Polizeibeamten, vor allem in Frankreich, ist mit Sicherheit auf die dienstliche Belastung zurückzuführen. ■

DAS WHO'S WHO DER VKÖ

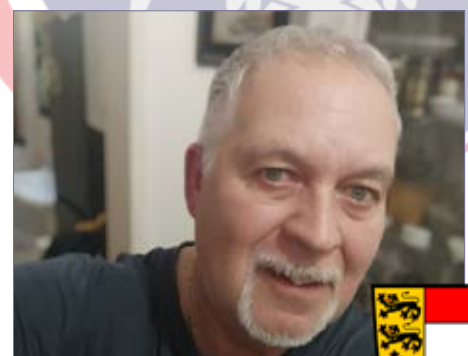
In unserer Serie stellen wir das „Who's who“ der Vereinigung Kriminaldienst Österreich vor. Organisationsreferent **Alexander Heindl** bittet jene Funktionäre vor den Vorhang, die das Vereinsleben am Laufen halten. Dieses Mal: Unsere neuen Sektionsleiter in Kärnten und das steirische Führungstrio. (TEIL 4)



Karl Strohmeier



Hannes Lassnig



Hannes Berthold



Hannes Kaschowitz

Franz Gigerl

DREI VERY GOOD STEIREREN

Steuermann der Sektion Steiermark ist **Karl Strohmeier**, sein Vorgänger **Franz Gigerl** und **Hannes Kaschowitz** unterstützen ihn als Stellvertreter.

Begonnen hat Karl 1981 bei der Sicherheitswache in Graz. Nach dem 1992 absolvierten „Kiebererkurs“ war er in verschiedenen Referaten der BPD Graz tätig. 2004 wurde er zum Koordinator der Gruppe „Organisierte Kriminalität“ ernannt und im gleichen Jahr Gruppenführerstellvertreter in der Gruppe „Menschenhandel, Prostitution, Zuhälterei, Pornographie und Psychosen i.V.m. strafbaren Handlungen“. Seit 2019 fungiert er als Stellvertreter des Fachbereichsleiters 03 (SG, Menschenhandel, Schlepperei und Prostitution). Unser

Sektionsleiter im grünen Herz Österreichs ist verheiratet und Vater zweier Söhne. Zu seinen Hobbies zählen Radfahren, Schifahren und Wandern. So richtig entspannen kann er, wenn er im Urlaub in Dalmatien als Kapitän unterwegs ist.

Nach der Polizeireform hat sich – verbunden mit der Abschaffung des eigenständigen Kriminalbeamtenkorps – ein gewisses Vakuum bei der Kriminalbeamtenvereinigung eingestellt, das durch Karl, Franz und Hannes beseitigt werden konnte. Es gibt nun wieder jährliche Mitgliederversammlungen, dazu viele andere stets gut besuchte Veranstaltungen. Der 2021 geplante Hauptevent musste pandemiebedingt kurzfristig abgesagt werden, es laufen Bestrebungen, die Veranstaltung heuer im Frühjahr nachzuholen.

HANNES MAL ZWEI

Nach längeren Bemühungen ist es Vizepräsident Franz Scheucher gelungen, die Sektion Kärnten insofern wiederzubeleben, als es mit **Hannes Lassnig** nun auch wieder einen Sektionsleiter gibt. Und nicht nur das: Mit **Hannes Berthold** steht ihm ein ebenso aktiver Stellvertreter zur Seite.

Hannes Lassnig hat 1995 bei der BPD Villach begonnen und 2002 den 35. GAL. KrB absolviert. Anschließend kam er zur SG-Gruppe der Kripo Villach. 2005 wurde Hannes in den FB-03 des Kriminalreferats im SPK Klagenfurt versetzt. 2014 kam die Ernennung zum stellvertretenden Fachbereichsleiter im FB-01 (Gewalt). Seit September des Vorjahres ist Hannes Stellvertreter des Ermittlungsbereichsleiters „Raub“ im LKA Kärnten. Er ist verheiratet, hat einen 19jährigen Sohn und leidenschaftlicher Läufer, Rennrad- und Mountainbike-Fahrer, im Winter ist er auf der Langlaufloipe zu finden. Hannes Berthold wohnt im Gegendtal und engagiert sich bei der Bergwacht und in einem sozialen Verein. In seiner Heimatgemeinde ist er zudem im Kameradschaftsbund aktiv. Er hat sich vorgenommen, alle Kärntner Mitglieder persönlich zu kontaktieren und sich besonders um Kollegen im Ruhestand kümmern zu wollen.

Die zwei Hannes schätzen die VKÖ schon wegen ihrer tiefen Verbundenheit mit dem Kriminaldienst. Wichtig sind ihnen auch die zwischenmenschlichen und kollegialen Kontakte über Landes- und Bundesgrenzen hinaus, die die VKÖ ermöglicht. ■

WISSENSCHAFTER DES JAHRES 2021 BERÄT DIE VKÖ

„Wissen ist Macht“ – und zu Wissen kommt man mit Aus- und Fortbildung. Diese Grundwahrheit gehört zu einer der tragenden Säulen der VKÖ. 2016 hat sich die VKÖ ein beratendes Gremium für Bildungsfragen geschaffen, den „Wissenschaftlichen Beirat“. Seit heuer gehört ihm Peter Klimek, Wissenschaftler des Jahres 2021, an.



Bild: Eugenie Sophie / Complexity Science Hub Vienna

Wissenschaftler des Jahres 2021: Komplexitätsforscher Assoc. Prof. Priv.-Doz. Mag. Dr. Peter Klimek

Polizeibeamte, die aus eigener Initiative und mit eigenem Geld einen akademischen Titel anstreben, gehören unterstützt. Diese Entscheidung hat der Vorstand vor etwa 12 Jahren getroffen. Die Folge war eine Reihe von Unterstützungen für Masterarbeiten mit polizeirelevanten Themen, bisher insgesamt 12. Anzunehmen, dass es schon mehr wären, hätte die Corona-Pandemie nicht auch die Unis getroffen, 2020/21 wurden keine Masterarbeiten eingereicht. Durch das Sponsoring ergab sich zwangsläufig, dass es zu einem Kontakt mit der Donau-Uni in Krems kam, denn dort hatten bereits einige Kollegen im Bereich Kriminologie und Security-Safety-Management ihr akademisches Studium abgeschlossen.

Der Vorstand hat bald erkannt, dass für die wissenschaftliche Bewertung



Bild: VKÖ

VKÖ Bildungsreferent Martin Roudny, BA, MA

einer Masterarbeit entsprechendes Wissen angebracht ist. Im November 2016 wurde deshalb mit der Donau-Uni ein Kooperationsvertrag unterzeichnet und etwa zeitgleich ein „Wissenschaftlicher Beirat“ gegründet, der eine Auswahl der eingereichten Masterarbeiten treffen sollte. Dessen Mitglieder waren Dr. Johannes Kerschbaumer (Donau-Uni), Dr.

Ernst Geiger (BK), Mag. Andreas Wieselthaler (BMI), Richard Benda und Helmut Bärthl (als Vertreter der VKÖ).

Der Wissenschaftliche Beirat hat sich in der Zwischenzeit nicht nur um die Bewertung von Masterarbeiten gekümmert, sondern über Initiative von Mag. Wieselthaler auch eine Aufstellung über für den Dienst relevante Themen erstellt. Studierende, die sich für eines der davon entscheiden, erhalten nicht nur ein Sponsoring, sondern ein finanziell höher dotiertes Teilstipendium. Die Liste der Themen kann im Sekretariat angefordert werden.

Die Jahre sind ins Land gezogen, der Vorstand und die Gesetze haben sich geändert. Nach der derzeitigen Gesetzesla-

„Wenn wir Kriminellen in Augenhöhe begegnen wollen, dann müssen wir Kriminalisten das entsprechende Werkzeug in die Hand geben. Wissen ist das Werkzeug der Kriminalisten.“

**Richard Benda,
Past-Präsident**

ge muss ein Drittel eines Gremiums, das Stipendien vergibt, von Lehrbeauftragten an Unis besetzt sein. Aus diesem Grund wurde der Ausschuss erweitert und es ist uns gelungen, den „Wissenschaftler des Jahres 2021“, Komplexitätsforscher Assoc. Prof. Priv.-Doz. Mag. Dr. Peter Klimek, in unseren Wissenschaftlichen Beirat zu holen. Aus Effektivitätsgründen wurde auch unser Bildungsreferent Martin Roudny, BA, MA anstelle von Helmut Bärthl in den Beirat berufen. Das neue Gremium wird in Zukunft seine Meinung zu Fragen der Aus- und Fortbildung abgeben. Durch seine Tätigkeit im Bereich Aus- und Fortbildung bestätigt die VKÖ wieder einmal die Qualifikation als Interessvertretung des Kriminaldienstes. ■

KRIPO.AT-TERMINE

SITTENWÄCHTER

Vortragende:

AI Rhoda Poschinger,

LKA-Ermittlungsdienst, EB 02

Wann: 17. März 2022, 16.00 bis 18.30 Uhr

Wo: 1090 Wien, Müllnergasse 4,

Sicherheitsbildungszentrum

HOOLIGANS UND ULTRAS – KRIMINALPOLIZEILICHE ASPEKTE

Vortragender:

CI Thomas Winkelmann,

GPA – Einsatzabteilung EA 2

Wann: 28. April 2022, 16.00 bis 18.30 Uhr

Wo: 1090 Wien, Müllnergasse 4,

Sicherheitsbildungszentrum

SEXUALDELIKTE IM BLICKPUNKT

Vortragende:

Lydia Benecke, Kriminalpsychologin

Wann: 9. Mai 2022,

Uhrzeit noch nicht festgelegt

Wo: 1090 Wien, Großer Saal im Bundeskriminalamt

Zutritt zu dieser Veranstaltung haben ausnahmslos nur Polizeibeamte.

Alle Veranstaltungen werden nach den jeweils gültigen Covid-Vorschriften abgehalten!

AUS DEM ARCHIV

Amtsbezeichnungs-Änderungen

Nachdem der Herr Staatssekretär für Inneres am 26. November 1919 die Einführung der Bezeichnung „Kriminalbeamter“ für die ständig im staats- oder sicherheitspolizeilichen Ausforschung- und Erhebungsdienste verwendeten Polizeiagenten genehmigt hat, wird dementsprechend auch die Amtsbezeichnung „Polizeiagentenreferat“ (A.R.) in „Kriminalbeamtenreferat“ (K.B.R.) abgeändert.

Ferner hat an die Stelle der bisherigen telegraphischen Kürzung „Hagv“ (Hotelagenten verständigen) die Abkürzung „Hkbv“ (Hotelkriminalbeamte verständigen) zu treten.

Hievon sind alle unterstehenden Organe in Kenntnis zu setzen.

(Amtl. Nachrichten 338. A.R. 1033 vom 6. August 1920)



NEUE BROSCHÜRE IM VKÖ-PORTFOLIO: INTERNETKRIMINALITÄT

Kein Bereich des Verbrechens steigt rasanter als die Internetkriminalität. Traditionelle Delikte wie z. B. Einbruch oder Autodiebstahl gehen zurück, stagnieren zumindest. Die Internetkriminalität hat den Rückgang nicht nur kompensiert, sondern weit übertroffen.

Die Polizei muss auf Entwicklungen reagieren und hat es bei der Internetkriminalität vor einigen Jahren auch schon getan. Eine eigene Einheit (C 4) befasst sich mit der Ausforschung, internationale Zusammenarbeit sowieso.

Einer der Gründe, warum die Internetkriminalität so explosionsartig wächst, ist die Sorglosigkeit der Menschen. Das Internet wird ohne Vorsichtsmaßnahmen durchkämmt, jedes noch so skurrile Angebot wird angenommen, jedes Mail gedankenlos geöffnet. Betrüger haben diese digitale Einfallsstraße zur Abzocke entdeckt und nützen sie leidlich aus.

Internetkriminalität ist kein Delikt mehr, von dem nur Unternehmen heimgesucht werden, sie hat die Bevölkerung erreicht. JEDER, der einen Computer benutzt, kann zum Opfer werden.

Prävention ist besser als Ausforschung, das ist keine neue Nachricht. Die Präventionsprogramme des BMI und der nachfolgenden Behörden sind tadellos und, soweit man dies feststellen kann, auch erfolgreich. Auch die VKÖ befasst sich seit Jahren mit Prävention, um die offiziellen Programme zu verstärken und durch andere Kanäle weitere Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Es war daher keine Überraschung, dass sich der Vorstand der VKÖ entschlossen hat, eine Präventionsbroschüre in Sachen Internetkriminalität – mit Unterstützung der Wirtschaft – aufzulegen. „Tatort Internet“ hieß die erste 2011 erstellte Broschüre. 2014 folgte „Sicher surfen“, womit vor allem ein junges Publikum angesprochen werden sollte.

Da sich die Internetkriminalität verändert hat und die beiden Broschüren weitestgehend vergriffen sind, haben wir einen neuen Band aufgelegt: „Internetkriminalität“ wird ab sofort in Tirol verteilt, die weiteren Bundesländer werden sie im Laufe der nächsten Monate – natürlich gratis – erhalten. ■

MITGLIEDSBEITRAG 2022



Aufgrund einer Umstellung der Mitgliederverwaltung wurde die Vorschreibung 2022 noch nicht verschickt. Der Versand erfolgt in den nächsten Wochen.

Bild:VKÖ



Helmut Bärthel, Franz Granl, Niko Reith

60+1 JAHR(E) VKÖ-MITGLIED



Franz Granl, der sich bereits im 95. Lebensjahr befindet, ist seit 61 Jahren bei der VKÖ. Wegen der Pandemie und altersbedingter Immobilität des Jubilars musste die Ehrung anlässlich seiner 60-jährigen Mitgliedschaft verschoben werden. Vizepräsident Niko Reith und Schatzmeister Helmut Bärthel haben sie nun nachgeholt, die Ehrenurkunde überreicht und im Namen der VKÖ gratuliert. Franz Granl hat Dienst bei der Wirtschaftspolizei und im Sicherheitsbüro versehen. ■

TODESFÄLLE

Anton BAUER
Paudorf
im 83. Lebensjahr

Gustav GERHARTER
Steyr/Bad Hall
im 89. Lebensjahr

Erika KNOLL
Witwe
Wien
im 99. Lebensjahr

Matthias KRENN
Graz
im 90. Lebensjahr

Michael KUSOLITS
Steinbrunn
im 85. Lebensjahr

Josef THALER
Wien
im 87. Lebensjahr

Walter WEBER
Paudorf
im 97. Lebensjahr

Heinrich ZACH
Salzburg
im 104. Lebensjahr

KRIPO.AT-RÄTSEL

Für ältere Kollegen, die die Kriminalbeamtenausbildung noch in voller Länge absolviert haben, war unser letztes Rätsel leicht zu lösen. Die junge Kriminalbeamtengeneration scheint aber mit der Frage, wie das Verfahren der Gesichtsrekonstruktion früher genannt wurde, wenig anfangen zu können. Offenbar ist die Methode in Vergessenheit geraten; sie wurde „Moulageverfahren“ genannt. Bei etwas weniger richtigen Einsendungen haben wir doch wieder drei Kollegen gefunden, denen wir ein Buch aus unserem Fundus zusenden.

Die Frage in dieser Ausgabe haben wir, wie auch das „Top-Thema“, den Wölfen gewidmet, natürlich nicht den Tieren, sondern ihren menschlichen Pendanten:

Wie heißt jene rechtsextremistische Gruppe, deren „Wolfsgruß“ seit 1. März 2019 in Österreich verboten ist?

Keine leichte Frage, aber Rätsel sollten doch ein wenig Gedankenarbeit zur Folge haben.

**Antworten an sekretariat@kripo.at.
Einsendeschluss ist der 15. März 2022.**

UNSERE KOOPERATIONSPARTNER



MITGLIEDERTREFF (mit Vorbehalt)

Wien
Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurngasse,
1090 Wien

Linz
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 15.00 Uhr
Gościnna Chata,
Linz, Hafenstrasse 4
Wels
jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

SEKTIONSLEITER IN DEN BUNDESLÄNDERN

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Hannes Lassnig, kaernten@kripo.at
Niederösterreich:	St. Pölten	Christian Lechner, niederosterreich@kripo.at
Oberösterreich:	Linz	Helmut Kaiser, oberoesterreich@kripo.at
	Wels	Helmut Kaiser, wels@kripo.at
Salzburg:	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Steiermark:	Salzburg	Karin Linecker, salzburg@kripo.at
	Graz	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Tirol	Albert Mandl, tirol@kripo.at
	Innsbruck	Martin Brunner, innsbruck@kripo.at
Vorarlberg:	Bregenz	Norbert Schwendinger, vorarlberg@kripo.at
Wien:	Wien	Roland Wastl, wien@kripo.at

IMPRESSUM



Eigentümer, Herausgeber und Redaktion:
Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at

Präsident: Dieter Csefan
Für den Inhalt verantwortlich: Richard Benda
Chefredakteur: Peter Grolig
Redaktionssekretariat: Birgit Eder
Gestaltung: Christian Doneis
Redaktionsteam: Helmut Bärthel, Richard Benda, Alexander Heindl,
Otto Scherz, Mag. Johannes Wolf
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache
mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28.
Anzeigenverwaltung: A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28
Hersteller: DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeinergasse 1-3.
Verlags- und Herstellungsort: A-8073 Feldkirchen b. Graz Verlagspostamt: A-8073 Feldkirchen.
Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es
sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicher-
heitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606
„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzu-
stellung zu beziehen. www.kripo.at. Veröffentlichung nach Pressegesetz

